

Der linke Filderkurier

Sascha Hoffmann, Steinbeisstraße 15, 70771 Leinfelden-Echterdingen

<http://www.agrarliga.de/dielinke>

Eigenhaus Immobilien
Leinfelden-Echterdingen
UG (haftungsbeschränkt)
Steinbeisstraße 15
70771 Leinfelden-Echterdingen

02.01.2021

Der linke Filderkurier (Ausgabe 28)

Hallo,

anbei informiere ich über die 28. Ausgabe vom linken Filderkurier.

Steuerberatung

Eine Steuerberatung kostet in Deutschland bis 900000 Euro weniger als 5000 Euro. Dies reicht für ein kleines Einfamilienhaus bis 300 Quadratmeter oder für 4 Eigentumswohnungen. Eine Wohnung kann dabei mit 155000 Euro bewertet werden (95000 Euro zzgl. 60000 Euro Freibetrag bei der Erbschaftsteuer bei 30 Jahren). Bei normalen Einfamilienhäusern sind die Kosten für die Steuerberatung hoch, falls dies in Anspruch genommen wird. Als Richtwert kann der einfache Gebührensatz der Tabelle A verwendet werden (Verordnung zur Vergütung von Steuerberatern).

Wirtschaftsprüfung

Bei Unternehmen nennt sich die Steuerberatung Wirtschaftsprüfung. Die Kosten betragen bei einer Prüfung mindestens 1100 Euro im Jahr (bei 15000 Euro Mindestwert). Bis 300000 Euro betragen die Kosten unter 5000 Euro im Jahr (reicht für eine Bürowohnung mit Auto). Eine eingetragene Genossenschaft ist Mitglied in einem Prüfungsverband. Eine Prüfung ist daher obligatorisch. Bei einem einfachen Prüfungsverband können in einem einfachen Gebäude nicht mehr als 1500 Steuerberater beschäftigt sein. Dies sind bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft 300000 Hektar (200 Hektar für eine Vollzeitstelle von einem Steuerberater bei einer Bewertung von 25000 Euro für einen Hektar Fläche). Für Landwirtschaft werden Genossenschaften nicht verwendet wegen den Kosten. Kosten werden nur für Gebäude aufgewendet, die aufgrund der Größe einer Prüfung unterliegen müssen. Bei Wohnungsgenossenschaften entsteht für jeweils 50 Wohnungen eine Vollzeitstelle für einen Steuerberater. Dies sind bei 1500 Steuerberatern für einen Prüfungsverband zunächst 75000 Wohnungen (bei 3 Genossenschaften als Mitglied in einem Prüfungsverband entsprechend jeweils 25000 Wohnungen bei einer Genossenschaft). Die Wohnungsgenossenschaften müssen daher Beteiligungen an Aktiengesellschaften erwerben, um mehr Wohnungen bauen zu können und um genügend Büroräume für Steuerberater einrichten zu

können. Die Kosten für die Steuerberatung für eine Wohnung sind 100 Euro im Monat (1,00 Euro bis 1,50 Euro je Quadratmeter).

Bei Eigentumswohnungen entsteht bei 200/300 Wohnungen eine Stelle für einen Steuerberater (20000/25000 Euro Anlagesumme für eine Wohnung). Ab 4000 Wohnungen benötigt man eine größere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Corona

Aktuell gibt es verschiedene Regelungen wegen Corona. Die wichtigste Regelung ist dabei eine nächtliche Ausgangssperre (soll Kontakte bzw. Hausbesuche von Jugendlichen und zwischen Jugendlichen/älteren Personen reduzieren). Dies führt dazu, dass man ab ca. 20 Uhr nur noch aus beruflichen Gründen oder wegen einem Notfall aus dem Haus darf. Die einfachste Möglichkeit ist, dass ein Anliegen mit einer gewerblichen Tätigkeit versehen wird (gemeint ist eine Rechnung mit Fahrkosten bzw. mit einer Fahrkarte). Ebenso ist es kein Problem, wenn man nachts unterwegs zu einem Krankenhaus ist (in diesem Fall darf die Polizei bei einer Kontrolle im Zweifel nur einen Krankenwagen zum Krankenhaus anrufen).

Eine solche Regelung gilt zunächst nicht für Wohnhäuser. Dies ist insofern interessant, da die o.g. Regelungen bei einem Wanderverein keine Auswirkungen haben. Außerdem ist mir (schon wieder) eine Regelung von Minderjährigen und Sexualität aufgefallen. Nach den Paragraphen 43 bis 49 vom achten Sozialgesetzbuch braucht man eine Genehmigung, wenn man Personen zur Beaufsichtigung von Minderjährigen beschäftigt. Es ist also standardmäßig verboten, ohne ausdrückliche Zustimmung der Eltern, sexuelles Verhalten von Kindern ab 14 Jahren in einem Verein zuzulassen (mit Zustimmung der Eltern ist dies kein Problem, da dann die Kinder weiterhin der Aufsichtspflicht der Eltern unterliegen).

Ansonsten setzt man in Deutschland vor allem auf die Impfung. Eine Immunisierung durch einen echten Krankheitsverlauf ist aufgrund der geringen Ansteckungszahlen nicht praktikabel.

Linkspartei

In diesem Monat gab es nichts wegen Corona.

Witze

Kostenlos ficken, wild und frei.

Ein einfacher Heimatverein und Wanderverein kann 900 Hektar landwirtschaftliche Fläche haben (bei 300 Vieheinheiten für einen Stall). Dies reicht für 15000 Hühner, welche ca. 2,3 Millionen Eier im Jahr legen können. Eine Verwaltungsgesellschaft kann 1500 Vereine haben mit jeweils 1500 Mitgliedern. Dies ergibt eine gesamte landwirtschaftliche Fläche von 1,3 Millionen Hektar (13000 Quadratkilometer). Ein Landkreis in Deutschland hat eine Größe zwischen 300 Quadratkilometer und 6000 Quadratkilometer. In Deutschland werden 14 Milliarden Eier im Jahr gelegt.

Ein Schwarzer mit Flaschenbier. Schwarze in Oklahoma (Schweden in Arsch ficken wie Neger in Oklahoma).

Ein rundes Fenster für Rundfunk. Rundfunk- und Telemedien.

Falsche Stadtpläne an Touristen verteilen, damit sich diese verlaufen und ein Taxi nehmen.

In einer vollen S-Bahn herum brüllen, so was macht man mit Asylbewerbern (ist schwerer Hausfriedensbruch, wenn man sich angesprochen fühlt). Ein österreichischer Bundeskanzler als Asylbewerber.

Eine Kundenbefragung in der S-Bahn Dresden. Die S-Bahn kommt jetzt ungefähr alle 15 Minuten. Sind Sie zufrieden?

Kurze Betriebsanleitungen in einem Schreibprogramm wie Word als Marketing/Journalismus übersetzen lassen (Versand mit Email). Professionelle Druckaufträge werden per CD eingeschickt. Schriftgröße 1 bei HTML entspricht Schriftgröße 8 in einem Schreibprogramm, Schriftgröße 2 bei HTML entspricht Schriftgröße 10 in einem Schreibprogramm, Schriftgröße 3 bei HTML entspricht Schriftgröße 12 in einem Schreibprogramm, Schriftgröße 4 bei HTML entspricht Schriftgröße 14 in einem Schreibprogramm, Schriftgröße 5 bei HTML entspricht Schriftgröße 18 in einem Schreibprogramm, Schriftgröße 6 bei HTML entspricht Schriftgröße 24 in einem Schreibprogramm und Schriftgröße 7 bei HTML entspricht Schriftgröße 36 in einem Schreibprogramm. Für Hinweiszettel nimmt man mindestens Schriftgröße 5 im Format HTML (entspricht Schriftgröße 18 in einem Schreibprogramm).

Für Briefe in einem Schreibprogramm sollte man Schriftgröße 9 und 11 verwenden (zur besseren Abgrenzung zum Format HTML).

Ein einfaches (privates) Emailpostfach ist für 3 Gigabyte Emailspeicher geeignet.

Eine Datei im Format HTML zur Verfügung stellen (15000 Anlagen mit jeweils 1/2 Kilobyte). Ist für einen Prozess geeignet, der nur aus einer Anklageschrift besteht (Urkundenprozess). Geht bis 2000/4000 Seiten für ein PDF. Eine Zieldatei im Format HTML hat dann nicht mehr als 32 Megabyte (das PDF hat dann knapp 1 Gigabyte wegen fehlender Formatierung im Unterschied zu einem Schreibprogramm wie Word). Ein Browser kann Dateien im Format HTML bis 256 Megabyte laden (sind 3/4 Gigabyte Arbeitsspeicher insgesamt).

Bei einem Urkundenprozess sollte zwei Wochen bis vier Wochen vorher eine Rechnung an den Beklagten geschickt werden (und ist in dreifacher Kopie der Anklageschrift als Anlage 1 beizufügen). Eine entsprechende Klage geht 2 mal in einem Jahr (6 Monate für eine Rechnung).

Ein Sachverständiger kann 150 Euro in der Stunde kosten. Eine Stunde ist jeweils für 5000 Euro Rechnung anzusetzen. Bei einem Einfamilienhaus mit 900000 Euro Ausgaben (in 30 Jahren) sind dies 27000 Euro Kosten für ein Gutachten (entspricht 3 Prozent von der Summe der Rechnungen). Bei einem Auto mit einem Gegenstandswert von 30000 Euro sind dies 900 Euro Kosten für ein Gutachten.

Zusätzliche Akten sind ein Augenscheinbeweis (in jedem Fall bei mehr als 30000 Anlagen/15000 Seiten/22 Aktenordner in der Anklageschrift). Sind entweder 5000 Euro Gegenstandswert oder eine zweite Termingebühr.

Bei einem Sachverständigenbeweis oder Augenscheinbeweis (Akten/Audio/Video/Internet) sollte vorher nicht im Urkundenprozess geklagt werden (obwohl dies in der Praxis wohl recht häufig der Fall ist).

Auf eine CD oder DVD passen mindestens 2000/4000 Seiten im Format PDF als Dateien. In einem einfachen Format sind 30000 Dateien in einem Ordner möglich (zusammen mit Bildern im Format TIF insgesamt 60000 Dateien). Eine Aufnahme als Audiodatei geht bis 9 Stunden und entspricht 43 Seiten (eigentlich werden Kassetten verwendet mit einer Kapazität von 1 Stunde bis 10 Stunden). Als elektronisches Dokument müssen die Sachen dann immer vollständig ausgedruckt werden, wenn eine Papierform notwendig ist. Eine Sortierung ist daher nicht erforderlich.

Bei einer anwaltlichen Vertretung müssen die Gerichtsgebühren von der Anwaltskanzlei bezahlt werden und vorher bei Bedarf vom Mandanten eingetrieben werden. Dies ist in einfacher Weise bis zu einem Gebührenbetrag von unter 5000 Euro möglich. Muss die Gerichtsgebühr 5 mal bezahlt werden, entspricht dies einem Streitwert bis 95000 Euro (prinzipiell Begrenzung für Revision und für einfache Gerichtsverfahren, insbesondere einfacher Schadenersatz). Bei 4 mal kann der Streitwert 125000 Euro betragen und bei 3 mal kann der Streitwert 185000 Euro betragen. Bei einer Hauptverhandlung wegen einem Bußgeld muss die Gerichtsgebühr 2 mal bezahlt werden, was einem Streitwert (Bußgeld) von 320000 Euro entspricht. Die einfache Gerichtsgebühr reicht für einen Streitwert bis 900000 Euro. Die halbe Gerichtsgebühr reicht für

einen Streitwert bis 2,250 Millionen Euro (Mahnverfahren, Zwangsversteigerung, Verteilungsverfahren etc.). Die reduzierte Verzögerungsgebühr (0,3) geht bis 4,100 Millionen Euro und für außergerichtliche Einigungen geht der Streitwert bis 5,050 Millionen Euro (ein Viertel von der Gerichtsgebühr).

Bis zu einem Streitwert von 800000 Euro beträgt die Rechnung für den Anwalt zur Prüfung der Prozesskostenhilfe unter 5000 Euro (einfacher Gebührensatz).

Bei einem Verein muss bei rechtlichen Streitigkeiten vor dem Amtsgericht die Gerichtsgebühr 2 mal bezahlt werden. Bis 320000 Euro Mitgliedsbeiträgen im Jahr beträgt die Gerichtsgebühr unter 5000 Euro (sollte als Begrenzung in den Schlussbestimmungen in einer Satzung aufgenommen werden als Einnahmen von Mitgliedsbeiträgen und Nachzahlungspflicht). Bei einem nichtrechtsfähigen Verein beträgt die Gerichtsgebühr unter 200 Euro bis 2000 Euro Mitgliedsbeiträgen im Jahr (zum Beispiel 3 Gesellschafter mit jeweils 650 Euro Beitrag im Jahr).

Bei einer Staffelung von Mietpreisen lassen sich 8 Mietstufen definieren (Monatsmieten). Dies sind 210 Euro, 350 Euro, 700 Euro, 1400 Euro, 2100 Euro, 5833,33/7916,66 Euro, 10416,66 Euro und 15416,66 Euro. Die ersten vier Stufen (210 Euro bis 1400 Euro) entsprechen der Anwendung von Mindestmiete und Gewerbemiete (jeweils jährlich/halbjährlich/vierteljährlich im Voraus). Die fünfte Stufe (2100 Euro) entspricht der Anwendung von Wohnraumvermittlung (zwei Monatsmieten). Die letzten drei Stufen orientieren sich an den Gerichtsgebühren (Revision, Berufung und erste Instanz mit Streitwerten von 70000/95000 Euro, 125000 Euro oder 185000 Euro). Die Mieterhöhung kann 16 Euro im Monat betragen (192 Euro im Jahr).

Die Monatsmiete muss 0,75 Prozent von einem Kredit für ein Haus betragen. Wird der Wert der Monatsmiete mit 133 multipliziert, erhält man die mögliche Kredithöhe (5,5 Prozent Zinsen bei 25/30 Jahren Vertragslaufzeit). Für die Berechnung bei Finanzierungskommanditgesellschaften können die gleichen Werte verwendet werden. Dies sind bei 210 Euro im Monat ein Kredit von 28000 Euro, bei 350 Euro im Monat ein Kredit von 46000 Euro, bei 700 Euro im Monat ein Kredit von 93000 Euro, bei 1400 Euro im Monat ein Kredit von 186000 Euro, bei 2100 Euro im Monat ein Kredit von 280000 Euro, bei 7916,66 Euro im Monat ein Kredit von 1,0 Millionen Euro, bei 10416,66 Euro im Monat ein Kredit von 1,4 Millionen Euro und bei 15416,66 Euro im Monat ein Kredit von 2,0 Millionen Euro.

Ein Anwalt für Rentner*Innen und Arbeitslosenrentner*Innen.

Sachsen anhalten (Sachsen-Anhalt). CDU Brandenburg.

Der Anwalt passt zu CDU Thüringen. In Thüringen gab es Regionen, in denen während der DDR kein Westfernsehen empfangen werden konnte ("Tal der Ahnungslosen").

Wie war der erste Tag der Grenzöffnung in Berlin (DDR)? Es war nicht viel los, einige Leute sind mit dem Fahrrad über die Grenze gefahren.

Meine eAkte bei der Arbeitsagentur hat mittlerweile 1398 Seiten.

Ein Geldbetrag von 170 Euro am Monatsanfang sollte für den Monat ausreichen (5,70 Euro am Tag). Mehr als 210 Euro Bargeld im Monat sind zu viel (6,90 Euro am Tag).

Eine persönliche Einlegung in einen Briefkasten ist mit einer Fahrkarte möglich. Geht als Brief für den Schuldner und für den Anwalt. Ergibt dann über 10 Euro Fahrtkosten Schadenersatz (als Ersatz für Porto). Wird ein privates Auto genutzt, müssen andere Kosten in Rechnung gestellt werden (zum Beispiel eine Mahlzeit/Cafe für über 10 Euro). Eine private Fahrt mit dem Auto kann nicht direkt abgerechnet werden.

Panalon. Befangenheit. Es geht um die Kosten (FDP). Die Kosten für die Beweise wären für meine Termine recht hoch (Zeugen außerhalb vom Haus). Das Problem ist irgendwie gewerblich halt und

hat mit dem Nachmieter zu tun. Das mit dem Schadenersatz ist dem Anwalt egal, weil er das Geld sowieso nicht mehr sieht. Es geht nicht um einen Flaschenwurf von Revolution Chemnitz.

Bei sozialen Bildungswerken arbeiten (Diakonie etc.). Kaufmännische Angestellte, die irgendetwas mit Kindern zu tun haben. Rückmeldungen kennen wir von Klassenfahrten organisieren. Der Verdienst beträgt 2800/3400 Euro brutto im Monat (auf keinen Fall mehr).

Sicherheitslöcher im Haus. Hinrichtungen im Hinterhof. Luftikus. Putenschnitzel. Reisefreiheit. Ein Manager mit Blindenstock. Die Kirche wird nicht fertig. Heizen mit Weizen. Vice versa. Urlaub mit Gewerbemiete ("Einparkhilfe"). Am Wochenende wegen häuslicher Gewalt nach Italien fahren für 300/400 Euro (Freitag/Samstag/Sonntag). Geht 10/20 Wochenenden im Jahr (mit Wohnwagen).

Wird nicht zu Protokoll genommen. Der Anspruch wird anerkannt. Vereinfachter Vollstreckungsauftrag (bis 5000 Euro). UHA (haftungsbeschränkt). Entbürokratisierung. Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt). Ein Gefängnis als GmbH.

Ein Schuh kann auch gefährliche Körperverletzung sein. Ein gesetzlich beigeordneter Anwalt kann bei gefährlicher Körperverletzung notwendig sein (zum Beispiel Berufsverbot im Sicherheitsdienst). In diesem Fall erhebt die Staatsanwaltschaft eine Klage mit einem Zeugen (zum Beispiel Polizei mit einem Gürtel oder einer Eisenkette als Beweis). Die Kosten für die Verteidigung berechnen sich nach den Gebühren 4100, 4102, 4106, 4111, 4204, 4206, 7002, 7005 und 7008 (zusammen 2394,28 Euro). Dazu kommen noch die Fahrtkosten zu 6 Terminen (3 Termine/Vernehmungen vor der Hauptverhandlung, 2 Termine für die Hauptverhandlung und 1 Termin nach der Hauptverhandlung für Notwehr/Überschreitung von Notwehr). Weitere Verhandlungstage kosten jeweils 606,90 Euro zuzüglich Fahrtkosten. Wegen weiteren Auslagen gilt der Grundsatz, dass bei mehr als 2 Verhandlungstagen die Kosten über 5000 Euro betragen (keine Erstattung von Auslagen). Ein Pflichtverteidiger auf dem Fahrrad.

Die Kosten für einen Nebenkläger sind ähnlich, es kann noch psychosoziale Prozessbegleitung dazu kommen. Ein Nebenkläger gibt es in der Praxis aber nur bei schwerer Körperverletzung, da dies bei dieser Straftat verpflichtend ist.

Die Unterzeichnung einer Nebenklage kostet 321,30 Euro (Gebühren 4301/7002/7008 für den Anwalt). Der gleiche Betrag ist für die Berufung notwendig (möglich bei Urteilen von einem Einzelrichter/Strafrichter, bei Privatklagen oder von Urteilen bei den Schöffengerichten im ersten Rechtszug beim Amtsgericht). In diesem Fall müssen alle schriftlichen Unterlagen vom Kläger selbst erstellt werden können. Die Unterzeichnung für eine Revision kostet theoretisch 458,15 Euro (Gebühren 4300/7002/7008 für den Anwalt).

Eine Vermögensauskunft für eine Pfändung kostet beim ersten Antrag 46/65 Euro (Gebühren 260/711/713/716). Eine anschließende erfolgreiche Kontopfändung kostet 38/57 Euro (Gebühren 205/711/713/716). Weitere Versuche bzw. Anfragen für eine Pfändung kosten jeweils 24/44 Euro (Gebühren 604/711/713/716 als Erinnerung/Beschwerde). Dies geht etwa alle 3 Wochen oder weniger häufig. Nach 2 Jahren muss erneut eine Vermögensauskunft beantragt werden.

Bei Pfändungen gilt die Reihenfolge Geldstrafe, Geldbuße, Gerichtsgebühren, Prozesskostenhilfe und dann die Gläubiger nacheinander in zeitlicher Reihenfolge. Gepfändet wird in Deutschland meistens ein Geldbetrag von einem Konto. Bei unter 200 Euro im Monat ist dies unproblematisch, da in diesem Fall der Schuldner keine Erinnerung/Beschwerde einlegen kann. Diese Reihenfolge ist vor allem für den Schutz von Vermögen gedacht. Bei Sozialleistungen ohne Begrenzung von Vermögen ist dies ebenfalls zu beachten. Dies gilt für Renten oder wegen den Wohnkosten und zusätzlichen Leistungen bei Arbeitslosengeld 2 (im Unterschied zu Arbeitslosengeld 1).

Bei 190 Euro Rückzahlung im Monat sind 68400 Euro Schulden möglich (30 Jahre/360 Monate). Bis zu diesem Betrag geht keine Privatinsolvenz (Restschuldbefreiung). Ein Darlehen von der Arbeitsagentur kann mindestens 15840 Euro betragen (44 Euro Rückzahlung im Monat/10 Prozent vom Regelsatz).

Bei meinem privaten Konto (Pfändungsschutzkonto) gibt es bislang nur von der Landesoberkasse (Gerichtsgebühren) einen Auftrag für eine Pfändung (132 Euro). Die 2 Gläubiger von meinen Studienkrediten haben bislang auf einen Pfändungsauftrag verzichtet (einige tausend Euro). Ansonsten habe ich keine weiteren Gläubiger.

Bei meinem Briefkasten habe ich den Firmennamen von der "Eigenhaus Immobilien Leinfelden-Echterdingen UG (haftungsbeschränkt)" angebracht. Wie schon im o.g. Abschnitt Corona geschrieben, darf ich in meiner Wohnanlage ohne besondere Einschränkungen gewerbllich tätig sein. Ein Schadenersatz kann sicherlich bis zehn Euro pro Bewohner berechnet werden (als Kundenveranstaltung). Kann dann eingeklagt werden. Dies müsste auch im Zusammenhang mit einer Nebenklage gehen (zum Beispiel schwerer Hausfriedensbruch mit der entsprechenden Kostenrechnung bei einigen hundert/tausend Euro Schaden zusammen mit dem immateriellen Anteil).

In einer Gemeinschaftsküche sollten keine Messer herum liegen. Ist auch etwas für Hinweiszettel an der Wand. Dies gilt natürlich auch für Treppenhäuser und Keller in Wohnhäusern. Eine Schere ist immer sicher in der Hand zu halten.

Bei Flüchtlingen in Deutschland gibt es nur privatrechtliche Flüchtlinge und straffällige Flüchtlinge. Eine Kontrolle von problematischen Flüchtlingen ist in Deutschland erst nach einer Verurteilung zu einer Bewährungsstrafe möglich (oder Führungsaufsicht). Dies geht im Prinzip erst im Zusammenhang mit einer größeren Geldsumme im Zusammenhang mit Sachbeschädigung oder ähnlich. Die Bewährungszeit kann 5 Jahre betragen (mehr geht dann auch für die Aufenthaltsdauer nicht). Im Vergleich zu mir bin ich ein Flüchtling.

Anmerkung

Die Berufung gegen die Wohnungsgenossenschaft werde ich zurücknehmen. Beim Gerichtstermin am 3. Dezember 2020 hat sich mein Anwalt geweigert, an der Verhandlung teilzunehmen (aus ethischen Gründen). Das Gericht hat vorher mitgeteilt, dass die Berufung keine Aussicht auf Erfolg hat. Der Grund ist, dass die von mir 8 genannten Termine für die Kündigung ausreichend sind (30. November 2018 gegen 3 Uhr, 4. Januar 2019 gegen 2 Uhr mit Polizei, 18. Januar 2019 gegen 22 Uhr mit Polizei/Nachbarschaftsstreit, 14. September 2019 gegen 16 Uhr mit Polizei, 17. April 2020 gegen 23 Uhr, 27. April 2020 gegen 1 Uhr, 1. Mai 2020 gegen 23 Uhr und 21. Juni 2020 gegen 8 Uhr mit Polizei). Die 3 Haushalte mit den Lärmprotokollen sind als Zeugen für diese Termine nicht notwendig. Die Lärmprotokolle können ohne Probleme zurückgewiesen werden. Auch die anderen Haushalte sind als Zeugen nicht erforderlich (und können mein Verhalten nicht als Entlastung verwenden).

Ansonsten war noch der Hinweis von mir, dass die Zwangsräumung kaum ernst genommen werden kann. Inwieweit die o.g. Ausführungen Einfluss auf Schadenersatz haben, ist noch zu besprechen. Der juristische Tenor weicht erheblich von der ursprünglichen Anklageschrift ab. Bislang fallen mir 4 Forderungen für Schadenersatz ein. Dies ist die Rechnung von meinem Anwalt für die unnötig eingelegte Berufung (tatsächliche Kosten/1000 Euro Streitwert höchstens), die Kosten für die Unterbringung meiner privaten Unterlagen (tatsächliche Kosten/16000 Euro Streitwert höchstens), die Kosten für die Unterbringung durch die beauftragte Spedition (tatsächliche Kosten/105000 Euro Streitwert höchstens) und die Kosten für einen prinzipiellen Schadenersatz in Höhe von 125/300 Euro im Monat als Jahresrechnung (90000 Euro Streitwert höchstens). Als Beweis dient die o.g. Terminliste und der bislang fehlende Nachmieter, der sehr wahrscheinlich zu meinen Gunsten zur Verfügung stehen wird (wegen echter Lärmprobleme).

In der Flüchtlingsunterkunft, in der ich zur Zeit wohne, gab es eine Schlägerei. Dies hatte zur Folge, dass das gesamte Treppenhaus voll Blut und Schmutz gewesen war. Habe ich dann auch der Stadtverwaltung geschrieben, da die Reinigung Geld kostet (mindestens 20 Euro für Putzmittel, die man danach wegschmeißen muss). Einige Tage später wurden Glasscheiben von den Halterungen von Feuerlöschnern eingeschlagen, was Glassplitter auf dem Boden zur Folge hatte (ein Bewohner hatte seinen Türschlüssel nicht gefunden und war deshalb aufgebracht). Dies

habe ich ebenfalls der Stadtverwaltung geschrieben. Die Stadtverwaltung ist die Vermieterin von der Wohnanlage. Kurz vor Silvester gab es wieder eine Schlägerei abends gegen 22 Uhr (es kamen dann 4 Autos von der Polizei). Das nächste Mal werde ich die Polizei anrufen (den Streit werde ich dann nach Möglichkeit mit dem Diktiergerät auf meinem Smartphone aufnehmen). Es gibt auch Bewohner, die schon betont haben, dass sie Deutsche sind (und das Gespräch suchen). Es ist gefährlich, wenn sich Leute einmischen, die unbewaffnet sind.

Eine Firma für "Tatortreinigung" oder ähnlich besteht aus 3 Gesellschaftern für unter 60000 Euro im Jahr/unter 5000 Euro im Monat. Die Arbeitszeiten sind von 4 Uhr bis 22 Uhr im Abstand von 3 Stunden (7 mal täglich bei insgesamt 240 Stunden im Monat). Um 13 Uhr mittags gibt es Schichtwechsel, so dass von 13 Uhr bis 14 Uhr 2 Personen zur Verfügung stehen. Als Auto reicht ein normaler (VW) Kleinwagen aus. In einem halben Jahr kann es ca. 1300 Putzeinsätze geben für jeweils 20 Euro (und höchstens 50 Euro). Dies sind dann zusammen unter 90000 Euro in einem halben Jahr.

Die Putzmittel können als einfacher Schadenersatz geltend gemacht werden. Auch kann evtl. Kleidung als Schaden geltend gemacht werden, wenn die (polizei-)rechtlichen Aspekte von Schadenersatz gegen einen Beklagten geprüft werden sollen. Die einfachste Form von Schadenersatz ist die Einforderung zur Bezahlung einer Rechnung (Urkundenprozess mit Vorbehalturteil). Dies eignet sich auch für kleinere Geldbeträge, zum Beispiel für eine Hotelrechnung für 150 Euro bei 2/3 Übernachtungen wegen Lärmstörungen. Bei Privatpersonen gibt es wenig zu beachten, da es sich bei formalen Geldbeträgen lediglich um einige hundert Euro im Jahr handeln kann. Bei gewöhnlichen Zivilklagen bis 4000 Euro Schaden in 6 Monaten gibt es wenig zu beachten. Angewendet werden können solche immateriellen Forderungen von Schadenersatz auch in Flüchtlingsunterkünften, welche privatrechtlichen Standards genügen (was bei meiner Unterkunft der Fall ist). Für einfachen materiellen Schadenersatz von mehr als 5000 Euro besteht Anwaltpflicht (ggf. in Kombination mit einer Nebenklage/Privatklage in einem Strafverfahren). Gewöhnlicher Schadenersatz bei mehr als 95000/125000/185000/320000 Euro führt dann auch zu erhöhten Anwaltskosten und Gerichtsgebühren (und ab ca. 15 Millionen Euro entsprechend zu einem Großschaden).

Die Gegenklage habe ich nun eingereicht. Bislang habe ich die Klage als CD per Post mit einer handschriftlichen Notiz hingeschickt. Die CD hat die Bezeichnung "Klage1" und besteht bislang aus 3 Dateien (dateien/dokument1_anklageschrift.pdf, dateien/dokument2_anlage1.pdf und dateien/dokument3_anlage2.pdf). Ich werde zwischen den Feiertagen mit dem Amtsgericht klären, ob dies als elektronisches Dokument ausreicht. Das gleiche gilt auch für die Verwendung von einer Emailadresse, wenn diese vorher per Post mitgeteilt wird. Hat bislang den Vorteil, dass ich keinen Drucker brauche. Eine fehlende Bearbeitung von einer Klageerhebung (Protokoll etc.) müsste sonst Rechtsbeugung sein (Paragraf 339 Strafgesetzbuch).

Bleibt noch die Anmerkung, dass es natürlich nicht sinnvoll ist, ein falsches Vorbehalturteil zu erwirken. Gegen einen Vermieter stellt dies ein Kündigungsgrund dar (auch bei kleinen Geldbeträgen). Nach einer Zwangsräumung ist es dann nicht mehr problematisch, da dann das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter ohnehin zerrüttet ist (ohne finanziellen Kündigungsgrund spricht man von einer Zerrüttung ohne Schuld beim Mieter). Wobei Schadenersatz bei einer Zwangsräumung meistens mehr als 5000 Euro sind (für mindestens 6 Monate Einlagerung). In meinem Fall beträgt die Forderung unter 5000 Euro.

Ich habe einen Beschluss vom Amtsgericht bekommen, den ich dem Antragsgegner zustellen soll. Wobei ich noch nicht weiß warum, da es um einen Arrest geht.

In der nächsten Ausgabe Nummer 29 werde ich weiter berichten und schreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Sascha Hoffmann
(Mitglied bei DIE LINKE. OV Filder)

Der linke Filderkurier

Rückantwort Ausgabe 28

Sascha Hoffmann
Steinbeisstraße 15
70771 Leinfelden-Echterdingen

Name	Vorname
Straße	Hausnummer
Postleitzahl	Ort
Bestellung per Post (ankreuzen für weitere Informationen für Einzugsermächtigung)	
<input type="checkbox"/> Ja (1,50 Euro monatlich)	<input type="checkbox"/> Nein
Kommentare und Anmerkungen	

Datum und Ort

Unterschrift